SOLIDARITÄT MIT DEN SOZIALEN BEWEGUNGEN IM MITTELMEERRAUM

Die Börsenkurse fallen;das Wachstum geht zurück, die nächste Rezession steht vor der Tür und die Arbeitslosigkeit steigt weiter an; die meisten Staaten sind so hoch verschuldet, daß es kaum mehr eine Aussicht gibt diese Schulden jemals zurückzuzahlen. Über das Zinssystem wird strukturell die Umverteilung von unten nach oben weiter fortgesetzt. Der Versuch der Herrschenden, die Bevölkerungen zur Kasse zu bitten gelingt immer weniger. Ausgehend von Tunesien vor 6 Monaten hat sich im arabischen Raum eine ununterbrochene Welle von Volksaufständen bzw. Revolutionen gegen die soziale Ungleichheit und für mehr Demokratie ausgebreitet. Im Frühjahr ist diese Bewegung auf Spanien und Griechenland in Form der „Empörten-Bewegung“ , die friedlich nachhaltig die öffentlichen Plätze besetzen übergegangen, um im Sommer in Israel zur größten jemals dagewesenen sozialen Bewegung zu führen.

ISRAEL - Ohne Frieden gibt es auch keine soziale Gerechtigkeit

Von Zvi Schuldiner, Westjerusalem

In Israel gehen seit Wochen Hunderttausende für soziale Gerechtigkeit auf die Strasse. Die Proteste vereinen unterschiedliche Gesellschaftsgruppen. Das könnte auch für den Friedensprozess von Vorteil sein.

In den letzten vierzig Jahren habe ich an keiner derartigen Demonstration teilgenommen wie letzten Samstag: 200000 Menschen gingen in Tel Aviv auf die Strasse; und im rechts-religiösen Jerusalem waren es immerhin 30000.... Die DemonstrantInnen riefen nach sozialer Gerechtigkeit, protestierten gegen die Privatisierungen, für sozialen Wohnungsbau und für Wohlfahrtsstaat. Überraschend war dabei eine Gruppe mit Transparenten, auf denen stand: «Juden und Araber weigern sich, Feinde zu sein! Juden und Araber weigern sich, Sklaven zu sein!» ...

Der Wohlfahrtsstaat existierte nur in den jüdischen Siedlungen der besetzen Gebiete: Mehrere zehn Milliarden US-Dollar wurden dort in Wohnraum und den öffentlichen Sektor investiert, um das Kolonialisierungsprojekt zu stärken. Auch wenn klar war – und aus der Sicht der Rechten: weil klar war –, dass dies das Haupthindernis für den Frieden zwischen Israelis und PalästinenserInnen sein würde.

….aber die Reichen wurden immer reicher, und die Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer. Wenn es in den letzten Jahren überhaupt Lohnerhöhungen gab, reichten diese nicht aus, um die steigenden Lebenshaltungskosten zu decken.

Nun protestieren die Leute…..

(WOZ; Ausgabe vom 11. August 2011)

Der syrische Aufstand

Das syrische Regime ist eines der brutalsten im Nahen Osten. Folter, Hinrichtungen und das »Verschwinden« von Dissidenten gehören zum Alltag. Das Land befindet sich seit 1963 unter Ausnahmezustand, was ein Dutzend unterschiedlichen Geheimdienste erlaubt, frühzeitig und ohne Gerichtsverfahren jede Opposition im Keim zu ersticken. Zehn Prozent der Einwohner gehören der kurdischen Minderheit an, die zum großen Teil als Bürger zweiter Klasse leben. ….

…. Die Geschichte Tunesiens und Ägyptens zeigt, dass der Westen stets dazu bereit war, antidemokratische und autoritäre Regimes zu tolerieren und zu unterstützen, wenn dies im Einklang mit den eigenen Interessen stand.

Doch dieser Schluss kann dann zu Verwirrungen führen, wenn Regime, die sich offiziell in Opposition zur westlichen Dominanz im Nahen Osten befinden, von Innen herausgefordert werden.

Die Erinnerungen von Gaddafis Treffen mit Obama und Berlusconi sind weiterhin allzu frisch, um Gaddafi ernsthaft als Antiimperialisten ansehen zu können. Schwieriger wird es bei der Einschätzung Syriens. Hier beschuldigt das Regime von Bashar al-Assad neben dem Westen und Israel auch fundamentalistische Salafisten mit der Planung der Unruhen. Das syrische Ba´ath-Regime ist offiziell »säkular« und »sozialistisch«. Syrien hat zwei »offizielle« kommunistische Parteien, die Teil der »Nationalen Fortschrittlichen Front« sind, ein von der säkular-nationalistischen Ba´ath-Partei angeführtes Bündnis ganz im Vorbild der Beziehung der SED mit den ostdeutschen Blockparteien. Weiterhin wird das Regime bei vielen Linken in der Region aufgrund seiner Unterstützung der Hisbollah im benachbarten Libanon und für radikale palästinensische Gruppierungen in der Region als Teil der »Achse des Widerstandes« angesehen.

(Von Leandros Fischer
Quelle: marx21.de)

Steirische Friedensplattform
www.friedensplattform.at

Spaniens Rebellinnen – Wer Glück hat, kriegt 600 Euro

In Sevilla ist etwa die Hälfte aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeitslos. Wie schlagen sie sich durchs Leben? Die WOZ sprach mit BesetzerInnen der Plaza de la Encarnación.

«No nos vamos!» Nein, sie gehen nicht, jetzt erst recht nicht. Seit die Polizei am Freitag versucht hat, zwei Protestlager in Barcelona und Lleida gewaltsam zu räumen (es gab weit über hundert Verletzte) ist die Zahl der Indignados, der Empörten, in Spanien noch ein bisschen grösser geworden. Auch in Sevilla. Hier hatten sich am Freitagabend Hunderte auf der zentralen Plaza de la Encarnación versammelt und Blumen in die Höhe gestreckt. Es war eine friedliche Antwort auf die staatliche Gewalt und erinnerte an die Hippiezeit – zu der es ja wegen der Franco-Diktatur in Spanien nie gekommen war. …....

Seither fordern sie den kompletten Umbau der Politik, die Beseitigung aller Privilegien der PolitikerInnen (inklusive Wegfall der Steuerbefreiungen und der parlamentarischen Immunität), die Verstaatlichung angeschlagener Grossunternehmen, die Wiederherstellung der Arbeitslosenhilfe, radikale Kürzung der Militärausgaben und konsequente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit Jobsharing und Arbeitszeitverkürzung.

Es fehlt fast nichts im Forderungskatalog: Die Enteignung leer stehenden Wohnraums, Mietzuschüsse für niedrige Einkommen, Einführung einer Spekulationssteuer, ein Steueroasen-verbot für die Banken, mehr Gesundheits- und Lehrpersonal, finanzielle Unabhängigkeit der Universitäten, preisgünstige öffentliche Verkehrsmittel und auch die Einführung von Volks-abstimmungen.....

Aus der WOZ vom 02.06.2011
Von Dorothea Wuhrer,

Wir fordern:

- **Wir zahlen nicht für eure Krise**
- **Die Reichen müssen selber zahlen**
- **Direkte Demokratie statt Schein-Demokratur**
- **Stopp der Privatisierungen**
- **Systemwechsel – für eine solidarische Gesellschaft**
- **Für nachhaltigen Widerstand aller Betroffenen.**

- zur online Unterschrift für Palästina auf
www.friedensplattform.at

Die sich weltweit vertiefende Krise des Kapitalismus führt nicht nur zu sozialen Explosionen wie in England, sondern es wird zu massiven sozialen Protesten auch in allen EU Ländern kommen.

»Wir sind nicht mehr weit vom Abgrund entfernt«

Die politische Bedeutung der Krise besteht darin, dass der Kaiser jetzt nackt dasteht. Der kapitalistische Staat kann nicht mehr so tun, als würde alles von der »unsichtbaren Hand« eines Adam Smith oder von der »List der Vernunft« eines G.W.F. Hegel »effizient« geregelt. Der Staat muss massiv eingreifen. Die Europäische Zentralbank z.B. kauft Staatspapiere, aber nur von bestimmten Staaten, von solchen, die ihre »Sparprogramme« gegen die Bevölkerung am energischsten vorantreiben. Der Staat ist nicht neutral, sondern greift aktiv zugunsten des Kapitals in den Klassenkampf ein.

Um zu erkennen, dass das Kapital schon seit langem in einer tiefen Krise steckt, muss man nicht Marxist sein. Die Privatisierungen der letzten Jahrzehnte hatten auch den Zweck, vom Staat die Verantwortung zu nehmen, wenn die Krise schließlich ausbricht. Diese Strategie geht nicht auf, denn das Kapital selbst ruft jetzt den Staat zu Hilfe. Die Krise wird laut Mainstreamökonomen auf unabsehbare Zeit bleiben. Sie wissen, dass die Arbeiter nicht einfach für die Krise bezahlen können. Dafür haben sie gar nicht das Geld. Das Kapital wird versuchen, in einem jahrelangen Prozess über möglichst hohe Profite zu Lasten der Bevölkerung die Verschuldung abzubauen. Die Herabstufung der Kreditwürdigkeit der US-Regierung kann ein Versuch sein, den Sparkurs gegen die Bevölkerung zu verstärken. Die »kommunistische« Regierung Chinas, Eigentümerin vieler US-Staatspapiere, hat bereits die US-Regierung aufgefordert, beim Sozialstaat stärker zu sparen. Doch Schuldenabbau ist das Gegenteil von Schuldenmachen. Letzteres ist aber der Motor des »späten« Kapitalismus. Auf dieses Dilemma hat niemand eine Antwort. Die Zentralbanken können vielleicht den Schuldenkreislauf weiter verlängern, indem sie alle Papiere kaufen, deren Wert sinkt. Dies tat z.B. die US-Zentralbank mit »QE1« und »QE2«, jetzt denkt sie über »quantitative easing 3« nach (Aufkauf von Wertpapieren aller Art, finanziert über die Notenpresse).

Von Thomas Walter
Quelle: marx21.de

Impressum: www.friedensplattform.at